

KV-Verhandlungen Ordensspitäler OÖ: Arbeitgeber blockieren Entlastung bei der Arbeitszeit – Beschäftigte lehnen Minimalangebot ab

Zeit und Ort:

- Mittwoch, 18. Februar 2026, 10:00 Uhr
- Presseclub OÖ, Landstraße 31, 4020 Linz

Speaker:innen:

- Gerhard Siegl, vida-Landesvorsitzender Oberösterreich
- Elke Hergetz, Ordensklinikum Linz – Elisabethinen
- Daniela Klostermann, Klinikum Wels-Grieskirchen (Standort Wels)
- Isabel Burgstaller-Schoberleitner, Barmherzige Schwestern Ried
- Martina Reischenböck, KV-Verhandlerin Gewerkschaft vida

Fünf KV-Runden ohne echte Bewegung der Arbeitgeber

Seit der Forderungsübergabe am 16. September 2025 verhandeln die Gewerkschaft vida und die Arbeitgeber der oberösterreichischen Ordensspitäler über einen neuen Kollektivvertrag für rund 10.000 nichtärztliche Beschäftigte. Start der KV-Verhandlungen war am 26. November 2025. Seither gab es fünf Verhandlungsrunden sowie eine Arbeitsgruppe. Für einen Kompromiss, der den Beschäftigten spürbare Entlastung gebracht hätte, waren die Arbeitgeber bislang nicht bereit. Nächster Verhandlungstermin ist der 24. Februar 2026.

Die Beschäftigten haben in den vergangenen Monaten wiederholt gezeigt, dass sie zusammenstehen: Am 3. Dezember 2025 übergaben mehrere Hundert Beschäftigte in Linz, Wels und Ried insgesamt 6.843 Absichtserklärungen. Damit verliehen sie ihren Forderungen nach Inflationsausgleich und Arbeitszeitverkürzung Nachdruck und setzten Arbeitgebern und Politik ein 40-Tage-Ultimatum. Trotzdem blieb eine substanzielle Annäherung aus. Am 22. Jänner 2026 kam es daher zu einem ersten Streik in allen acht Ordensspitälern. Dass dies notwendig wurde, ist Ausdruck eines Problems, das Beschäftigte im Gesundheitsbereich seit Jahren belastet: Die Arbeit wird dichter, der Druck steigt, die Belastung wächst, während Entlastungsschritte ausbleiben.

Die Kompromissbereitschaft der Beschäftigten zeigt sich besonders deutlich bei der Arbeitszeitforderung. Ursprünglich forderten sie eine schrittweise Reduktion auf 35 Stunden pro Woche. In der fünften Verhandlungsrunde hat die Arbeitnehmer:innenseite einen großen Schritt auf die Arbeitgeber zu gemacht und die Forderung auf eine schrittweise Reduktion auf 37 Stunden pro Woche bis 2028 angepasst. Dieses Entgegenkommen wurde bislang nicht mit einer deutlichen Bewegung der Arbeitgeberseite beantwortet. Sie legten nur minimale Angebote auf den Tisch: die Umwandlung eines Sonderurlaubstages in einen regulären Urlaubstag und die rechtliche Möglichkeit, angespartes Zeitguthaben zu konsumieren.

Die Ordensspitäler sind für Oberösterreich systementscheidend. In den Ordensspitälern werden jährlich 52 Prozent der stationären Patient:innen versorgt, im ambulanten Bereich erfolgen 51 Prozent der Patientenbesuche dort. 46 Prozent der über den Landesgesundheitsfonds finanzierten Betten befinden sich in Ordensspitälern. Gleichzeitig ist der wirtschaftliche Beitrag erheblich: Die Bruttowertschöpfung der Ordensspitäler in Oberösterreich liegt bei rund 1,76 Milliarden Euro (direkt plus indirekt/induziert). Auf Oberösterreich bezogen stammt jeder 43. Euro Wertschöpfung aus diesem Bereich. Pro Vollzeitäquivalent werden in OÖ rund 184.230 Euro Wertschöpfung pro Jahr generiert. Wenn

Beschäftigte nach Entlastung fragen, ist das nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch der Versorgungssicherheit.

Die Entscheidungsprozesse der Beschäftigten sind diesmal so demokratisch wie noch nie. Über Teamdelegierte, breite Einbindung in den Häusern und Befragungen wird transparent entschieden, wie Verhandlungsergebnisse bewertet und welche Schritte gesetzt werden. Bis heute, 8 Uhr, haben die Beschäftigten darüber abgestimmt, wie es in den KV-Verhandlungen weitergehen soll. Trotz massiver Einflussnahme und Druck aus der Geschäftsführung ist das Ergebnis eindeutig: 80 Prozent lehnen das bisherige Angebot der Arbeitgeber ab und sprechen sich – falls nötig – für einen erneuten Streik aus. „Es braucht am 24. Februar eine Lösung. Wir sind weiterhin überzeugt, dass eine Einigung am Verhandlungstisch möglich ist“, betont KV-Verhandlerin Martina Reischenböck. „Kommt es dazu nicht, liegt mit dem klaren Votum der Beschäftigten bereits der Streikbeschluss für den 3. März vor.“

Statement Gerhard Siegl, vda-Landesvorsitzender Oberösterreich

Gerhard Siegl betont die Bedeutung der Ordensspitäler für ganz Oberösterreich: „Was hier verhandelt wird, betrifft nicht nur 10.000 Beschäftigte, sondern potenziell jede und jeden im Land. Wer in Oberösterreich krank wird, landet mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem Ordensspital. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind daher keine interne Frage, sondern eine Frage der Versorgungssicherheit für die gesamte Bevölkerung.“

Siegl verweist auch auf die wirtschaftliche Bedeutung der Ordensspitäler für die Region: „Die Ordensspitäler sind ein zentraler Pfeiler der Gesundheitsversorgung und zugleich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Oberösterreich. Die Beschäftigten leisten Tag für Tag Großes – für Patient:innen, das Gesundheitssystem und die regionale Wirtschaft. „Diese Kolleginnen und Kollegen halten die Gesundheitsversorgung am Laufen, oft unter hohem Druck. Arbeitgeber und Politik sind gefordert, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem diese Menschen langfristig bleiben wollen und können.“

Statement Martina Reischenböck, KV-Verhandlerin und Gesundheitssprecherin der vda OÖ:

Martina Reischenböck schildert den Verlauf der Gespräche aus Sicht der Verhandler:innen. „Wir haben fünf Runden und zusätzlich eine Arbeitsgruppe hinter uns. Wir bringen Lösungen, Modelle und Kompromissvorschläge ein. Aber bei der Arbeitszeit erleben wir bisher zu wenig Bewegung.“ Sie macht deutlich, dass die Beschäftigten ein Paket brauchen, das real spürbar entlastet. „Wenn der Alltag ohnehin am Limit läuft, dann sind minimale Korrekturen nicht genug. Dann braucht es einen klaren Pfad, der Arbeitszeit tatsächlich reduziert und der die Beschäftigten im Beruf hält.“

Reischenböck verweist auf den 3-Jahres-Abschluss im öffentlichen Dienst, an den sich der Kollektivvertrag der Ordensspitäler traditionellerweise orientiert. Dieser würde 3,3 % ab Juli 2026 und in den Folgejahren jeweils 1% Erhöhung bringen. „Hier haben wir bereits in Aussicht gestellt, dass wir diesen Krisenabschluss mittragen würden – vorausgesetzt, es gibt eine spürbare, verbindliche Entlastung bei der Arbeitszeit.“ Sie bekräftigt: „Wir haben nicht nur Forderungen, sondern Vorschläge auf den Tisch gelegt. Bei der Arbeitszeit warten wir noch immer auf ein klares Entgegenkommen.“

Statement Isabel Burgstaller-Schoberleitner und Daniela Klostermann, diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerinnen

Die Beschäftigten der Ordensspitäler OÖ haben einen offenen Brief an Gesundheitslandesrätin Christine Haberland und Landeshauptmann Thomas Stelzer formuliert. Dieser streicht nicht nur die negativen, sondern auch die positiven Seiten hervor, die die Arbeit im Gesundheitsbereich mit sich bringt: hohe Identifikation mit der Arbeit und Stolz auf die Professionalität. Aber die Beschäftigten machen auch deutlich, dass die Arbeit unter den aktuellen Bedingungen für viele nicht dauerhaft leistbar ist.

Obwohl ihre Forderungen seit über fünf Monaten bekannt sind, wurden die Kolleg:innen in den Verhandlungen zu wenig gehört. Der Umgang mit ihrem Streikrecht bis hin zu Einschüchterungsversuchen hat dem Vertrauen zu den Arbeitgebern geschadet. Trotz allem sind die Beschäftigten weiterhin bereit, am Verhandlungstisch Lösungen zu finden. Aber auch entschlossen, notfalls erneut Druck aufzubauen, wenn es keine verbindliche Perspektive gibt. „Wir sind nicht Spielball zwischen Arbeitgebern und Politik. Verantwortung für die Versorgung braucht auch Verantwortung für die Menschen, die sie leisten.“

Mitbestimmung der Basis

In den heurigen KV-Verhandlungen der Ordensspitäler OÖ sind die Beschäftigten stärker eingebunden als jemals zuvor. Über Teamdelegierte in allen Häusern, Informationswege in die Teams und demokratische Abstimmungen wird sichergestellt, dass Forderungen, Maßnahmen und schließlich auch ein Abschluss im Sinne derer sind, die davon betroffen sind. Voraussetzung dafür ist die breite Beteiligung der Kolleg:innen.

Die große Übergabe-Aktion am 3. Dezember mit 6.843 Absichtserklärungen und die breite Streikbeteiligung am 22. Jänner zeigen, dass die Beschäftigten ihre Forderungen tragen und Verantwortung übernehmen. Auch die Petition „Sichere Gesundheitsversorgung in OÖ braucht Entlastung“ hat in wenigen Wochen mehr als 10.000 Unterschriften erreicht – von Unterstützer:innen aus der oberösterreichischen Zivilgesellschaft. Das ist ein starkes Signal aus der Belegschaft und aus der Bevölkerung: Entlastung ist im Interesse aller.

Weiteres Vorgehen: 24. Februar ist die Weggabelung

Am 24. Februar 2026 findet die nächste KV-Verhandlungsrunde statt. Für die Beschäftigten ist entscheidend, ob es dort eine deutliche Verbesserung beim Thema Arbeitszeit gibt. Die Arbeitnehmer:innenseite hat ihre Kompromissbereitschaft mehrfach belegt, zuletzt mit der Anpassung der Arbeitszeitforderung auf 37 Stunden bis 2028. Nun muss die Arbeitgeberseite zeigen, dass sie Entlastung nicht nur rhetorisch, sondern auch vertraglich ernst nimmt. Wenn es am 24. Februar keine deutliche Verbesserung bei der Arbeitszeit gibt, dann kann es in Abstimmung mit den Beschäftigten zu weiteren Kampfmaßnahmen bis hin zu einem Streik kommen.

Streik bleibt das letzte Mittel. Aber: Ohne echte Bewegung bei der Arbeitszeit wird der Personalengpass nicht kleiner, die Belastung nicht weniger und die Versorgung nicht stabiler. Entlastung ist die Voraussetzung, damit Oberösterreich auch in Zukunft auf eine sichere Gesundheitsversorgung bauen kann.

Rückfragehinweis:

Gewerkschaft vida
Cornelia Groiss
Tel.: +43 664 6145 756
E-Mail: cornelia.groiss@vida.at
www.vida.at